

■ Stadtverkehr

Erneute Abfuhr für Straßenbahn zum Hermannplatz

aus SIGNAL 06/2013 (Dezember 2013/Januar 2014), Seite 20 (Artikel-Nr: 10003218)
IGEB Stadtverkehr

Die Berliner Straßenbahn wird - allen vollmundigen Bekenntnissen zur Elektromobilität zum Trotz - von Senat und Verwaltung off ensichtlich weiterhin eher als notwendiges Übel und nicht als Chance gesehen. Vielleicht hofft man darauf, dass die angedrohten eine Million Elektroautos der Bundesregierung eines Tages alle in Berlin fahren werden und sich damit das Thema Elektromobilität erledigt haben wird. Dass damit allerdings keines der Probleme des Autoverkehrs wie hoher Flächenbedarf und viele Unfälle gelöst wird, entgeht den Experten im selbsternannten Verkehrskompetenzzentrum Berlin regelmäßig.

So werden seit 1990 sämtliche Ausbaupläne für ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Berliner Straßenbahnnetz verschoben oder verhindert. Neben den wichtigen radialen Achsen im Westteil der Stadt betrifft dies auch die stark nachgefragte und bisher nur über Umwegfahrten erschlossene 3 km lange innerbezirkliche Verbindung von der Warschauer Straße zum Hermannplatz.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg hatte im März 2013 das Bezirksamt beauftragt, sich bei den entsprechenden Senatsstellen dafür einzusetzen, die bereits vor Jahren weit fortgeschrittenen Planungen zur Verlängerung der Straßenbahnlinie M 10 vom S- und U-Bahnhof Warschauer Straße bis zum Hermannplatz unverzüglich wieder aufzunehmen. Die Streckenverlängerung der M 10 solle priorisiert werden und noch in den Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 aufgenommen werden.

Aber trotz zehntausender Fahrgäste pro Tag in dieser Relation und trotz der möglichen Aufwertung des Görlitzer Parks durch eine Straßenbahn sieht der Senat weiterhin keinen Handlungsbedarf.

»Das Bezirksamt hat mit Schreiben vom 29. Mai 2013 an Herrn Staatssekretär Gaebler darum gebeten, den Vorschlag wohlwollend zu prüfen. [...] Leider sieht sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt nicht in der Lage, dem Anliegen des Bezirks zu folgen. Eine Abschätzung der Realisier- und Finanzierbarkeit des Vorhabens wäre selbst im Rahmen der Laufzeit des Stadtentwicklungsplans Verkehr nicht bis 2025 als prioritär eingestuft worden. Die Senatsverwaltung stuft somit die Priorität des Anliegens als nachrangig gegenüber anderen Vorhaben ein«, teilte das Bezirksamt der BVV am 20. August 2013 mit.

Viel wichtiger sind der Senatsverwaltung off ensichtlich rückwärtsgerandete Projekte wie stadtzerstörerische »Entlastungsstraßen« (TVO, SOV) und Autobahnen (Verlängerung Innenring) quer durch Wohngebiete. (mg)

Dieser Artikel mit allen Bildern online:

<http://signalarchiv.de/Meldungen/10003218>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten



Endstelle der M 10 am U-Bf Warschauer Straße. Die wichtige Verlängerung zum Hermannplatz wird vom Senat bis 2025 als »nicht prioritär« bewertet. (Foto: Marc Heller)